

## **ZUSAMMENFASSUNG**

2005 haben wir einen Kurzbericht über die letzte vereinbarte Reform der EU-Zuckermarktordnung vorgelegt. Wir haben die Reform unterstützt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass vorbehaltlich erfolgreicher Preissenkungen und Umstrukturierungsprozesse die EU-Produktionsquoten für Zuckerrüben redundant sein würden und aufgehoben werden sollten. Obwohl einige der Reformergebnisse entgegen unseren Erwartungen ausgefallen sind, halten wir die von uns vor sieben Jahren eingenommene Position weiterhin aufrecht.

Trotz der umfangreichen Umstrukturierung seit 2006 bestehen auf dem Zuckerrüben verarbeitenden Sektor in der EU nach wie vor beträchtliche Überkapazitäten und noch oligopolistischere Marktstrukturen als zuvor. Die Politik ist immer noch stark vom Protektionismus geprägt. Dies bedeutet unweigerlich, dass die Betreiber vor Markteinflüssen geschützt sind und die Kosten von den Verbrauchern getragen werden müssen.

Unser größtes Anliegen ist der Verbraucherschutz. Im Anschluss an die letzte Reform sank der EU-Preis planmäßig mehrere Jahre lang, allerdings ohne vergleichbare Kürzungen der von den Verbrauchern an der Supermarktkasse gezahlten Preise. Die Europäische Kommission sollte ihre Zuckerpolitik wesentlich stärker am Verbraucher ausrichten und ganz spezifisch einen Mechanismus nicht nur zur Bewertung des Marktpreises, sondern auch des Verbraucherpreises von Zucker einführen.

Wir sind uns der entschiedenen Haltung des Gesundheitssektors bewusst, dass Zucker für Verbraucher und insbesondere für Kinder gesundheitsschädlich sei. Obwohl wir diese Besorgnis akzeptieren, vertreten wir die Ansicht, dass die Steuerung der Zuckerkonsumierung aus Gesundheitsgründen über die Besteuerung und über einschränkende politische Maßnahmen seitens der Mitgliedsstaaten, anstatt durch die Rechtfertigung der andauernden Marktverzerrung auf EU-Ebene erzielt werden sollte.

Die Entflechtung der Preisbildung auf diesem hoch konzentrierten Markt ist alles andere als einfach. Wir sind der Auffassung, dass der Marktsituation verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen ist, und dass ihr größere Klarheit und Transparenz von

Vorteil wäre. Deshalb schlagen wir vor, dass die Marktauswirkungen auf britische und EU-Verbraucher vom britischen Office of Fair Trading in Zusammenarbeit mit Kollegen aus anderen Mitgliedsstaaten überprüft werden.

Wir haben mit Bestürzung davon Kenntnis erhalten, dass einige zur Milderung der Folgen der Reform von 2006 gewissen Entwicklungsländern bereitgestellte Mittel nicht oder in vielen Fällen nicht erfolgreich weiter gegeben wurden. Die genauen Gründe dafür sind unklar, allerdings haben wir erfahren, dass bei der Kommission selbst Probleme bestanden. Wir empfehlen der Kommission daher dringend, sicherzustellen, dass ihre eigenen Delegationen über ausreichende Ressourcen für die Weitergabe dieser Mittel verfügen, sowie die genaue Überwachung der Situation.

Agrar-, handels- und entwicklungspolitische Entscheidungen dürfen nicht von einander isoliert getroffen werden. Wir befürchten, dass dies der Fall ist. Letztendlich ist die Unterstützung von Entwicklungsländern Gegenstand der Entwicklungspolitik, allerdings ist sie bei der Verhandlung der zukünftigen Agrarpolitik zu berücksichtigen.

Bei den laufenden Verhandlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unterstützen wir nachdrücklich die Haltung der Kommission hinsichtlich der Abschaffung von Produktionsquoten im Jahre 2015. Auf rohem und raffiniertem Rohrzucker auferlegte Einfuhrzölle sollten je nach Fall und unter Berücksichtigung der Welthandelsorganisation (WTO) und bilateraler Handelsgespräche in Erwiderung auf den Weltmarkt gelockert werden.

Es ist absehbar, dass sich einige Mitgliedsstaaten nachdrücklich gegen die völlige Aufhebung von Quoten und für die Fortsetzung von Quoten in irgendeiner Form über 2015 hinaus aussprechen werden.

Sollte eine Kompromisslösung erforderlich sein, befürworten wir einen festen Termin zwischen 2015 und 2020 für die Abschaffung von Produktionsquoten, eine sofortige Neufestsetzung dieser Quoten sowie die Unterstützung für die Aufhebung ineffizienter Produktion. Die einfache Fortschreibung des Status quo wäre nicht akzeptabel.